

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 22.10. – 26.10.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

1. Streichung der Praxisgebühr als Weihnachtsgeschenk der Regierung?
2. Aktuelle Stunde: Kuhhandel zum Betreuungsgeld
3. Schwarz-gelbe Fehlentscheidung zu Minijobs
4. Alleinerziehende unterstützen
5. Härtefallstiftung prüft erste Anträge von Radargeschädigten
6. SPD lehnt Steuerabkommen mit der Schweiz ab
7. Mehr Frauen in Führungspositionen

## Streichung der Praxisgebühr als Weihnachtsgeschenk der Regierung?

Chaos in der Gesundheitspolitik der Bundesregierung! In unserem Gesundheitssystem gibt es Überschüsse von mehr als 20 Milliarden Euro. Teilweise zahlen Krankenkassen schon Geld an die Versicherten aus, wenn sie an Präventionsprogrammen teilnehmen. **Die Überschüsse gibt es vor allem deshalb, weil die FDP die Beiträge zur Krankenversicherung am Anfang der Legislaturperiode erhöht hatte. Und für die guten Konjunkturdaten und insbesondere Arbeitsmarktzahlen kann die FDP nichts! Denn jetzt erst wirken die Strukturreformen, die die SPD in ihrer Regierungszeit auf den Weg gebracht hat.**

Wir diskutieren jetzt seit fast 8 Monaten im Bundestag die Abschaffung der Praxisgebühr – ohne Ergebnis! Seit Wochen verhindert die FDP eine Abstimmung im Gesundheitsausschuss und gestern hat die schwarz-gelbe Koalition eine Entscheidung im Bundestag per „Hammelsprung“ verhindert. Wir dürfen jetzt auf den Koalitionsausschuss von Schwarz-Gelb Anfang November warten.

Eigentlich wäre alles ganz einfach. Auf der einen Seite gibt es mindestens **3 stichhaltige Gründe für die Abschaffung der Praxisgebühr**. Sie hat **keine Steuerungswirkung** mehr, sie ist nur noch ein Finanzierungsinstrument. Außerdem werden die Kranken und Einkommensschwachen durch die Praxisgebühr einseitig belastet, weil sie **nicht paritätisch finanziert** wird! Und schließlich hat sie zu **erheblichen Bürokratie- und Verwaltungskosten** in den Arztpraxen geführt (pro Jahr 300 Mio. Euro).

Auf der anderen Seite erleben wir sozialpolitisches Chaos in der Bundesregierung: Der Geburtshelfer der Praxisgebühr CSU-Chef Seehofer ist für die Beibehaltung. Die Praxisgebühr habe nach wie vor ihre Berechtigung, heißt es. CSU-Finanzminister Markus Söder ist für die Abschaffung. Die CSU-Landesgruppen-Chefin Hasselfeldt ist für die

Beibehaltung und will eine Absenkung der Beitragssätze um 0,3 Prozentpunkte. FDP Gesundheitsminister Bahr ist seit Monaten für die Abschaffung. Die FDP im Gesundheitsausschuss erklärt uns aber seit Monaten, sie könne das nicht entscheiden. FDP-Fraktionschef Brüderle ist für die Entlastung der Kassenpatienten, weiß aber noch nicht, wie! CDU-Chefin und Bundeskanzlerin Merkel war anfangs gegen die Abschaffung der Praxisgebühr und ist jetzt ein bisschen für die Abschaffung, ließ sie kürzlich durch ihren Sprecher erklären.

Im Ergebnis müssen die Menschen jetzt auf den Koalitionsausschuss am 4. November warten und darauf hoffen, dass ein „Kuhhandel“ zwischen den Regierungsparteien von CDU, CSU und FDP zustande kommt. Wir erwarten, dass dann zu Weihnachten die Abschaffung der Praxisgebühr verkündet wird. **Mit anderen Worten: Wir glauben, die CSU überzeugt die FDP von der „Herdprämie“, also dem Betreuungsgeld und dafür stimmt dann die Union mit der FDP für die Abschaffung der Praxisgebühr.**

**Wir finden es falsch, die für die Menschen richtige Abschaffung der Praxisgebühr durch die Einführung eines Betreuungsgeldes zu „erkaufen“. Wir nordhessischen SPD-Abgeordneten sind seit langem für die Abschaffung der Praxisgebühr. Gerade einkommensschwache und kranke Menschen und genervte Sprechstundenhilfen werden es uns danken.**

## **Aktuelle Stunde: Kuhhandel zum Betreuungsgeld**

Wegen der eingangs genannten Befürchtung, es könne zu einem Kuhhandel zwischen Union und FDP kommen, haben wir eine „Aktuelle Stunde“ beantragt. Vizekanzler Philipp Rösler, immerhin (noch) Bundesvorsitzender der FDP, äußerte sich nämlich jüngst zum Betreuungsgeld-Debakel der Koalition und erklärte, dies koste viel Geld, sei nicht gegenfinanziert und eine Bildungskomponente fehle völlig. Bravo Herr Rösler, unser Reden seit Monaten! FDP-Fraktionsvorsitzender Brüderle kassierte die Aussage jedoch sofort wieder ein und erklärte: „Die FDP sei koalitions- und vertragstreu“. Ja was denn nun?

Wir alle sind mittlerweile von der FDP einiges gewohnt – besonders die hemmungslose Klientelpolitik, beispielsweise Milliardengeschenke zu Gunsten von Hoteliers. Aber welche Ränkespiele, welches FDP-Kalkül steckt hier dahinter? Zu befürchten ist, das die FDP das Aus für die Praxisgebühr gegen ihre Zustimmung zum Betreuungsgeld tauschen will. Das ist natürlich vollkommen absurd. Ja, die Praxisgebühr wollen wir zum Wohle vieler Patientinnen und Patienten auch abschaffen, aber dafür die Weichen für das Betreuungsgeld zu stellen wäre, wie im Leitartikel beschrieben, fatal! Es wird ein neuer Fehler begangen, um einen Fehler der Vergangenheit auszubügeln. Das ist nicht nur ein Schildbürgerstreich sondern auch ein unwürdiger Kuhhandel zu Lasten von Kindern und Familien. **Wir werden weiter für die Abschaffung der Praxisgebühr und gegen das unsägliche Betreuungsgeld streiten.**

## **Schwarz-gelbe Fehlentscheidung zu Minijobs**

### **Die Regierung baut prekäre Beschäftigungsmodelle aus!**

Die von Union und FDP beschlossene Anhebung der Entgeltgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro (und entsprechend für sogenannte Midijobber in der Gleitzone von 800 auf 850 Euro) ist eine Fehlentscheidung, weil der Niedriglohnsektor weiter ausgebaut wird. Leider hat sich gezeigt, dass Minijobs kein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt sind und die lange Verweildauer der Beschäftigten in einem geringfügig bezahlten und nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis letztendlich zu Altersarmut, insbesondere bei Frauen, führt. Zudem werden Minijobs häufig von Arbeitgebern missbraucht, um Löhne gering zu halten. Die Anhebung der Minijob-Grenze wird dazu führen, dass weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu Gunsten unterbezahlter und schlecht abgesicherter Arbeit verdrängt werden.



**In Zahlen: Nach 45 Jahren in einem 400-Euro-Minijob würde man einen Rentenanspruch in Höhe von 139,95 Euro haben. Erst nach 200 Jahren im diesem Minijob würde man die Grenze zur Grundsicherung überschreiten.**

Angesichts der Fakten sehen auch Teile der Wirtschaft Minijobs inzwischen kritisch. So hat die Bertelsmann-Stiftung gerade eine Studie vorgelegt, die 60.000 neue Vollzeitstellen prognostiziert, wenn die Minijobs einer Steuer- und Abgabepflicht unterworfen und das Ehegattensplitting im Steuerrecht umgestaltet würde.

**Aber wie bei vielen anderen wichtigen Themen ist Schwarz-Gelb auch in dieser Frage beratungsresistent. Wir haben daher eine namentliche Abstimmung beantragt.**

## Alleinerziehende besser unterstützen



Alleinerziehende Menschen bedürfen einer anderen Unterstützung als Eltern, die sich die Erziehung partnerschaftlich teilen. In Zahlen: 20 Prozent der insgesamt 8,2 Millionen Familien in Deutschland sind Familien mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern. Von den 1,6 Mio. Alleinerziehenden sind 90 Prozent Frauen. Für Alleinerziehende sind die schwarz-gelben Regierungsjahre verlorene Jahre und daher unterstützen wir diese Menschen und ihre Kinder mit zwei Anträgen.

Mit dem ersten Antrag „[Alleinerziehende besser unterstützen](#)“, wollen wir einen optimaleren Zugang zu Kinderbetreuung ermöglichen. Flankierend sollen Alleinerziehende durch neue Arbeitszeitmodelle und eine geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik unterstützt werden. Dazu gehören für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch ein Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und das Nachholen eines Schulabschlusses. Ehe- und familienbezogene Leistungen wie das Ehegattensplitting gehören auf den Prüfstand, damit Alleinerziehende und ihre Kinder nicht ungleich behandelt werden.

Der zweite Antrag widmet sich [„Neuen Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“](#). Fakt ist, dass der Anteil alleinerziehender Mütter in der Grundsicherung erschreckend hoch ist. Vor diesem Hintergrund muss erwähnt werden, dass 40 Prozent aller alleinerziehenden Mütter Vollzeit arbeiten, wenn sie die notwendige Unterstützung erhalten. Das ist ein deutlich höherer Anteil als bei Müttern in Paarfamilien! Gleichstellung lautet auch hier eines der Zauberworte. Das betrifft ebenfalls die Bundesagentur für Arbeit, die nach unseren Vorstellungen zukünftig auch Maßnahmen in Teilzeit anbieten soll. Dazu schnüren wir ein Anspruchspaket auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem dritten Lebensjahr und einem Anspruch auf Weiterbildung von Alleinerziehenden während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes.

**Parallel dazu entwickeln wir derzeit ein Konzept für ein Neues Kindergeld und zur gerechteren Gestaltung der finanziellen Förderung von Kindern. Wir werden Euch auf dem Laufenden halten.**

## Härtefallstiftung prüft erste Anträge von Radargeschädigten

Bis in die 80er Jahre sind eine Reihe von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und der ehemaligen NVA – häufig unwissentlich – mit Strahlung in Berührung gekommen. Vielfach fehlen allerdings Aufzeichnungen über die Intensität, Dauer und Häufigkeit der Strahlenexposition für einzelne Soldatinnen und Soldaten aus dieser Zeit. Im Falle einer Erkrankung war und ist es den Betroffenen daher oft nicht möglich, ihre Erkrankung als Wehrdienstbeschädigung anerkannt zu bekommen, also den Zusammenhang zwischen Erkrankung und dem Einsatz an Radargeräten nachzuweisen. Viele Anträge wurden daher abgelehnt oder befinden sich weiter im Verfahren.

Dieses Problem erkennend wurde auf fraktionsübergreifenden Antrag hin die Härtefallstiftung ins Leben gerufen. Diese hat nun ihre Arbeit aufgenommen. Zweck der Stiftung ist die finanzielle Unterstützung von Angehörigen der Bundeswehr und der ehemaligen NVA auch außerhalb des geltenden Versorgungsrechts in besonderen Härtefällen die

aufgrund der Ausübung der dienstlichen Pflicht entstanden sein könnten. Die Stiftungs-Gremien Stiftungsrat und Vergabeausschuss haben bereits ihre Arbeit aufgenommen, der Beirat ist dabei sich zu konstituieren. Bereits gestern, am 25. Oktober, tagte zum ersten Mal der Vergabeausschuss und beriet die ersten Anträge.

## SPD lehnt Steuerabkommen mit der Schweiz ab

Nach einer heftigen Plenardebatte stimmte Schwarz-Gelb in namentlicher Abstimmung für das Steuerabkommen mit der Schweiz. Das von Schäuble verhandelte Abkommen sieht vor, dass auf deutsches Schwarzgeld auf Schweizer Banken einmalig eine Pauschalsteuer zwischen 21 und 41 Prozent an den deutschen Fiskus überwiesen wird. Das Ganze soll anonym und rückwirkend für zehn Jahre laufen. **Wir lehnen dieses Abkommen aus Gründen der Steuergerechtigkeit ab. Steuerbetrug ist für uns nicht nebensächlich.** Von diesem



Abkommen profitieren nur die Schweizer Banken und vermögende Steuerhinterzieher. Es ist geradezu eine Einladung an alle Kriminellen, ihr Geld noch vor Inkrafttreten des Abkommens Anfang 2013 in andere Steueroasen zu verschieben. Wer dennoch einsieht, dass er nachträglich Steuern auf sein Vermögen abführen sollte, kann bequem eine anonyme Pauschalbesteuerung wählen. Wir wollen Steuerflüchtlinge ermitteln und bestrafen und daher wollen wir auch in Zukunft Daten-CDs ankaufen.

**Das die Schweiz und ihre Bankhäuser, als Profiteure, dieses Regelwerk ratifizieren wollen liegt auf der Hand. Das aber Union und FDP ein solches für Deutschland schädliches Vorgehen auch noch unterstützt ist verantwortungslos. Nun hoffen wir auf eine eindeutige Ablehnung im Bundesrat! Steuerkriminelle dürfen nicht geschont werden!**

## Mehr Frauen in Führungspositionen

Bereits im März 2012 haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine 40 Prozent-Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte vorsieht. Freiwillige Verpflichtungen der Wirtschaft haben in 11 Jahren leider nicht zu mehr Chancengleichheit geführt, deshalb müssen wir per Gesetz für eine geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten sorgen. Da zu befürchten ist, dass die Koalitionsfraktionen – die, wen wundert es, auch in dieser Frage zerstritten sind - die zweite und dritte Lesung unseres Gesetzes blockieren werden, haben wir nun gemeinsam mit den Grünen eine Auffangposition beschlossen:

Wir haben am Freitag einen weiteren Gesetzentwurf eingebracht. Dieser Gesetzentwurf, der die Bundesratsinitiative des SPD-geführten Bundeslandes Hamburg aufgreift, sieht eine gesetzliche Frauenquote in den Chefetagen von zunächst 20 und später 40 Prozent vor. Das spannende daran ist, das im September auch unionsregierte Länder im Bundesrat dafür gestimmt hatten. Dieser Gesetzentwurf ist zwar etwas weichgespült, aber er geht in die richtige Richtung und vor allem dient er dazu, dass die CDU-Frauen endlich Farbe bekennen müssen. Wollen sie nun eine verbindliche Regelung oder wollen sie sie nicht? Es kann nicht sein, dass Gleichstellungspolitik nur aus Lippenbekenntnissen besteht.

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia